

## Protokollauszug

### Sitzung des Rates der Stadt Einbeck vom 04.09.2019

5 **Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen: Resolution "Hilfe für Bootsflüchtlinge - für eine humanitäre und menschenwürdige Behandlung von Schutzsuchenden in Seenot"**

2019/2949

Mit Email vom 29.08.2019 beantragen die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Aufnahme des beigefügten Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 04.08.2019 gem. § 6 der Geschäftsordnung. Die Begründung der Dringlichkeit erfolgt in der Ratssitzung.

Stv. Bürgermeister Seidel begründet ausführlich den Antrag. Zurzeit seien ca. 71,4 Mio. Menschen auf der Flucht. Man wolle wie andere Städte ein Zeichen setzen und auch die Stadt Einbeck zu einem sicheren Hafen erklären.

Ratsherr Harenkamp befürchtet, dass dadurch die Schlepperbanden noch unterstützt werden, die Flüchtlinge erst kurz vor Eintreffen der Küstenwache an Bord der Boote schicken würden. Die Forderung in Ziffer 1 des Beschlussvorschlages sei in Art. 1 des Grundgesetzes bereits komplett enthalten. Zu Ziffer 2 führt er besonders aus, dass Asyl nicht für Wirtschaftsflüchtlinge gewährt werden solle. Die Aktivitäten von Seawatch beispielsweise halte er für kriminell, dies habe nichts mit Seenotrettung zu tun. Es könne nicht sein, dass alle Flüchtlinge, auch Wirtschafts- und Klimaflüchtlinge, in Deutschland bleiben könnten, stattdessen müsse den Menschen vor Ort geholfen werden.

Ratsherr Dr. Binder hält es für wichtig, dass auch auf kommunaler Ebene etwas geschieht. Er stimme Ratsherrn Harenkamp insofern zu, dass den Menschen vor Ort geholfen werden müsse. Es sei aber ein Gebot der Menschlichkeit, denen, die herkommen, Hilfe zu gewähren. Die FDP-Fraktion werde den Antrag daher unterstützen.

#### **Beschluss**

#### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Einbeck fasst vor diesem Hintergrund die folgende Resolution:

1. Der Rat der Stadt Einbeck setzt sich für eine Flüchtlingspolitik ein, die von Humanität, Menschenwürde und dem Recht auf körperliche Unversehrtheit gekennzeichnet ist. Es ist verantwortungslos und inakzeptabel, dem Tod zahlloser Menschen auf dem Mittelmeer zuzuschauen und so faktisch Abschreckung als ein zulässiges Mittel von Politik zuzulassen.

2. Daher ist es geboten, eine Aufnahme von aus Seenot geretteten Menschen in den Staaten der Europäischen Union zu ermöglichen, damit ihr Antrag auf Asyl in einem rechtsstaatlichen Verfahren geprüft und darüber entschieden werden kann. Dafür ist ein Verteilmechanismus notwendig, der von vielen europäischen Ländern akzeptiert und angewandt wird. Die Anstrengungen der Bundesregierung auf diesem Weg werden ausdrücklich begrüßt.

3. Die Stadt Einbeck hat sich bereits bislang davon leiten lassen, Flüchtlinge angemessen und menschenwürdig aufzunehmen, ihnen Unterkunft zu gewähren und sie zu betreuen - in gutem Zusammenwirken mit dem vorhandenen Netzwerk von haupt- und ehrenamtlichen Aktiven und Institutionen. Die Stadt Einbeck ist auch weiterhin bereit, in dieser Weise ihren Teil zu einer verantwortungsvollen Flüchtlingspolitik zu leisten und Seenot- und andere Flüchtlinge, die vom Land Niedersachsen innerhalb festgesetzter Kontingente zugewiesen werden, unterzubringen und ihnen Betreuung und Beratung zukommen zu lassen.

**Abstimmungsergebnis:**

bei 2 Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen mehrheitlich angenommen